

„Kabinett der nationalen Union“

Das Programm der neuen rumänischen Regierung. Die von König Carol eingesetzte neue überparteiliche Regierung Rumäniens, die sich als „Kabinett der nationalen Union“ bezeichnet, hat jetzt in einem Aufruf an das Volk ihr Programm und ihre Absichten zur Befriedigung der Lage bekanntgegeben. Es werden darin vor allem Verfassungsreformen und eine gerechte Bevölkerungspolitik angekündigt. Von besonderer Bedeutung ist die Aufrechterhaltung der bereits von der Regierung Goga gefassten Beschlüsse, wonach unerwünschte Elemente abgeschoben werden sollen.

Die Verfassungsreformen sollen den Wünschen nach Erneuerung des rumänischen Volkes und nach Wiederherstellung einer ethischen Grundlage des öffentlichen Lebens entsprechen. Dabei soll die Durchdringung aller Gebiete des staatlichen Lebens mit der nationalen Idee garantiert werden. Die Regierung, heißt es weiter, erstrebe die Wiedergutmachung historischen Unrechts gegenüber dem herrschenden rumänischen Bevölkerungsteil, wobei jedoch ungerechte Handlungen gegenüber den alten Minderheiten im heutigen Rumänien auszuschließen seien. Alle nach dem Kriege gewährten Bürgerrechte sollen einer aufmerksamen Überprüfung unterzogen und rückgängig gemacht werden, wenn sie erwiesenermaßen auf betrügerischem Wege erworben worden sind. Dadurch werde die weitestmögliche Beteiligung der rumänischen Bevölkerung am Wirtschaftsleben des Landes erreicht. Diejenigen Elemente, die sich erst in jüngster Zeit in Rumänien niedergelassen haben und für den ethischen Charakter Rumäniens schädlich sind, sollen abgeschoben werden. Rumänien beabsichtigt, auf der Grundlage internationaler Abkommen mit anderen Staaten, die einen Uberschuß an jüdischer Bevölkerung haben, zusammenzuarbeiten, um für die Juden andere Unterkunftsöglichkeiten zu finden.

Die Regierung erstrebt, fährt der Aufruf fort, die völlige Entpolitisierung aller öffentlichen Einrichtungen. In den wirtschaftspolitischen Programmpunkten gehören die Aufrechterhaltung des Haushaltsgleichgewichts und die Verteidigung der Währung. Auf außenpolitischem Gebiet werde die Regierung die überlieferte Politik fortsetzen, die auf die Sicherung des Friedens und die Verteidigung der Grenzen abziele.

Die Frist für die Einreichung der die Staatsbürgerschaft von Juden beweisenden Papiere, die am 12. Februar abläuft, ist bis zum 9. März verlängert worden.

Freundlicher Widerhall in Belgrad und Warschau

Als erste maßgebliche Stellungnahme zur neuen rumänischen Regierung veröffentlicht die halbamtliche Belgrader „Breme“ einen Leitartikel, in dem einleitend das verheerende Wirken des rumänischen Parlamentarismus geschildert wird. Jetzt habe König Carol alles Trennende zwischen Krone und Nation ausgeschaltet. Die neue Regierung müsse aber mit aller Energie vorangehen, um die rumänische Staatsmaschine in Gang zu halten. Sie finde für dieses Bemühen in Jugoslawien größtes Verständnis. Voller Hoffnung blicke Belgrad auf die neue rumänische Regierung, die eine aufbauende Arbeit zum Nutzen des ganzen rumänischen Volkes zu erfüllen habe. Das Verbleiben des feierlichen Innenministers Călinescu auf seinem Posten lasse erkennen, daß die gegen die Juden beschlossenen Gesetze auch weiterhin durchgeführt würden. In objektiven politischen Kreisen unterstreiche man, daß die vaterländische Stimmung, die das rumänische Volk ergriffen habe, auch nach dem Rücktritt Gogas anhalten werde. Bezeichnend dafür sei folgender Vorfall: Sieben jüdische Advokaten hätten nach dem Abgang der Regierung Goga versucht, ins Gerichtsgebäude einzudringen. Sie seien aber von den dort anwesenden Leuten verprügelt und wieder hinausgeworfen worden. Diese Volkstiefe habe bei den rumänischen Juden einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Besondere Beachtung verdient auch die Stellungnahme der polnischen Öffentlichkeit. So schreibt „Maly Dziennik“, Polen wünsche dem verbündeten und befreundeten rumänischen Volk, daß die Arbeit der Regierung der Nationalen Einigung erfolgreich sein möge. Mit großer Sorge müsse man aber heute schon feststellen: Ueber den Sturz der Regierung Goga freuten sich allein das internationale Judentum, die Freimaurerei und die Kommintern! Es sei zu hoffen, daß sich diese Freude als verfrüht herausstelle. Die Nationalisierung der rumänischen Politik möge sich als ein bleibender Erfolg des tüchtigen Monarchen des verbündeten Landes erweisen.

Paris gibt die Einmischung zu

In Frankreich ist inzwischen ein merkbarer Stimmungsumschwung eingetreten. Während die französische Presse die Vorgänge in Bukarest zuerst recht optimistisch beurteilte, ist jetzt eine bedeutend kühlere Beurteilung festzustellen. Ja, es fehlen jetzt sogar auch Vorwürfe an die Adresse des rumänischen Königs nicht. Ganz eindeutig erklärt die Pariser Presse, daß die „Entfernung der Regierung Goga“ nicht genüge, und daß auch die jetzige Regierung untragbar sei. „Le Jour“ gibt ganz offen zu, daß tatsächlich im rumänischen Königspalast energische Schritte von Seiten des englischen und des französischen Gesandten hinsichtlich einer „Entfernung des bisherigen Regierungschefs“ unternommen worden seien. Ja, das Blatt geht sogar so weit, auch gegen die neue rumänische Regierung diplomatische Schritte zu verlangen.

Bertinax wird im „Echo de Paris“ sogar ausfällig gegen den Patriarchen und die ehemaligen Ministerpräsidenten. Sie seien, so meint er, „nur die Verzerrungen einer Militärdiktatur, die von General Antonescu ausgeht“ werde. Durch den für das ganze Land ausgerufenen Belagerungszustand, durch die an die Stelle der Präfecten getretenen Generale und durch die Zensur werde Antonescu den Willen des Königs vollstrecken. Er sei mit der Ausarbeitung der neuen rumänischen Verfassung beauftragt. Der sozialdemokratische „Populaire“ schreibt, in gewisser Hinsicht könne man von dem neuen Kabinett sagen, daß es einen neuen Schritt in Richtung auf eine „faschistische Diktatur“ bedeute.

Bemerkenswert ist der aus dem Geschwafel des „Deure“ herausfliegende Pessimismus. Die „neue Diktatur“, von der das französische Maritimbild spricht, scheint nicht auf sehr fester Grundlage zu beruhen. Die rumänischen Staatsminister und ehemaligen Ministerpräsidenten hätten dem politischen Leben schon allzufern gefanden und gehörten der Vergangenheit an. Alles in allem werde sich König Carol vor eine äußerst schwere Aufgabe gestellt sehen.

„Times“ warnt vor „unlogischen Betrachtungen“

Die „Times“ befaßt sich in ihrem Leitartikel mit dem Fall der rumänischen Regierung. Über den das Blatt keine

Befriedigung nicht verbirgt. Goga gemäßigtere antijüdische Maßnahmen seien trotzdem nicht gering genug gewesen, „daß sie nicht hösliche Wünsche von Seiten einiger Großmächte hervorgerufen hätten“. Sein Rücktritt habe ohne Zweifel das Land vor gewissen Schwierigkeiten gerettet. Der weitverbreitete französische Glaube jedoch, daß das, was man eine „königliche Diktatur“ nennen könne, Rumänien in die Reihen der demokratischen Mächte zurückbringen werde, sei zumindest ein wenig unlogisch.

Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Länder scheint neuerdings eine beliebte Gepflogenheit der sogenannten „demokratischen“ Staaten werden zu sollen. Die Grenelbeke, die in den letzten Tagen in einem großen Teil der internationalen Presse gegen das nationalsozialistische Deutschland entfesselt worden ist, ist ein typisches Beispiel für dieses verbrecherische Treiben der jüdisch-bolschewistischen Friedensstörer. Beschämend ist aber die Tatsache, daß sich sogar amtliche Stellen in Paris und London zu solchen Einmischungsversuchen hergeben und in die inneren Angelegenheiten fremder Länder einreden. Oder ist es etwa kein Einmischungsversuch, wenn zum Beispiel die Westmächte in Bukarest mehr oder weniger höslich vorstellig werden, um den König zu einem Regierungswechsel zu drängen? Die diplomatischen Vorstellungen im Bukarester Königspalast werden übrigens von der englischen und französischen Presse jetzt mit zynischer Offenheit zugegeben, ja, ein Teil der Pariser Boulevardblätter verlangt bereits eine zweite Aktion, da auch

der Kurs der neuen überparteilichen Regierung den Juden, Freimaurern und Bolschewisten nicht genehm ist. Wenn solche Methoden in dem Verkehr zwischen den europäischen Staaten einreißten sollen, dann eröffnen sich für die Zukunft ja die tollsten Perspektiven. Eine ehr- und freiheitsliebende Nation kann sich eine solche Bevormundung von außenstehender Seite niemals gefallen lassen und wird sich mit allen Mitteln gegen dieses anmaßende Gebaren der sogenannten „demokratischen“ Staaten wehren.

Bukarester Ministerratsbeschlüsse

Vorarbeiten für eine neue Verfassung.

Im Königsschloß in Bukarest trat unter Vorsitz des Königs ein Ministerrat zusammen. Er brachte eine Reihe wichtiger und kennzeichnender Beschlüsse. U. a. wurde beschlossen, einen engeren Ausschuß einzusetzen, der einen Vorentwurf zu einer neuen Verfassung vorbereiten soll. Ein zu errichtendes Institut für Verwaltungswissenschaften soll eine Neuordnung der Gemeindeverwaltung vorbereiten. Das Statut der öffentlichen Beamten und die Unabsehbarkeit der Richter sowie die Autonomie der Hochschulen werden vorübergehend aufgehoben. Öffentliche Beamte dürfen an politischen Kundgebungen nicht teilnehmen. Schließlich wird das Pressewesen neu geregelt durch Einstellung unnötiger oder schädlicher Presseorgane und Nachprüfung der allen Zeitungen zur Verfügung stehenden Geldmittel.

Freundschaft von Jugend zu Jugend

Richtfest des Auslandshauses der NS.

In Gegenwart des Reichsjugendführers Baldur von Schirach und von Vertretern von Partei und Staat wurde das Richtfest für das Auslandshaus der Hitler-Jugend am Havelufer zwischen Gatow und Kladow gefeiert. Dieses Haus gehört zu den repräsentativsten, den neuen Bauwillen der nationalsozialistischen Jugend am besten verkörpernden Bauten. Es wird nach seiner Eröffnung im Hochsommer Mittelpunkt aller Auslandsarbeit der deutschen Jugend sein.

Vor dem mit Fahnen und Girlanden geschmückten Bau sprach der Jugendführer des Deutschen Reiches über den Sinn dieses Richtfestes. Er betonte, daß der Bau für die zukünftige Entwicklung der nationalsozialistischen Jugendbewegung von allergrößter erzieherischer Bedeutung sein werde. Das Haus solle einmal der Treffpunkt aller an der Auslandsarbeit der Hitler-Jugend beteiligten Führer und Führerinnen der NS., des BDM. und der anderen Parteiorganisationen sein. Dann sollen hier die Führer und Führerinnen der deutschen Jugend mit denen der Jugend anderer Länder zusammenkommen.

„Die Jugendbewegung von einst predigte das schwärmerische Ideal einer allgemeinen Verbrüderung der Jugend der Völker. Wir sehen diesem falschen Ideal das höhere, klarere und ehrlichere Ideal der Verständigung der jungen Generationen entgegen. Die ganze Jugend unseres Volkes wird auf diese Aufgabe ausgerichtet. So ist dieser Tag nicht nur der Tag des Richtfestes für ein Gebäude, sondern auch der Tag des Richtfestes einer ganzen Generation.“

Der Reichsjugendführer schloß mit dem Wunsch: „Möge die Jugend, die in diesen Räumen weilen wird, sich stets würdig des Geistes und des Glaubens erweisen, der die Männer besetzte, die aus der Kraft der Gemeinschaft heraus den Bau errichteten!“

Das Lied der Hitler-Jugend „Unsre Fahne flattert uns voran“ verklang in der weiten märkischen Landschaft.

Die Auslandsarbeit der NS.

Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, sprach zu den Abteilungsleitern der Grenz- und Auslandsarbeit der Gebiete der Hitler-Jugend. Hierbei äußerte er sich zu den Aufgaben seiner Mitarbeiter im Jahre der Verständigung. Das Führerkorps der Jugend bedürfe der Auslandserfahrung, um in jeder Weise politisch geschult zu sein. Er stellte insbesondere die Forderung auf, neben dem täglichen Dienst Sprachstudien zu betreiben.

Das neue Segelschulschiff

Auf den Namen „Albert Leo Schlageter“ getauft.

In Hamburg wurde auf der Werft von Blohm & Voß das dritte Segelschulschiff der deutschen Kriegsmarine „Albert Leo Schlageter“ in Dienst gestellt.

Dabei hielt der Kommandant Fregattentapitän Rogge eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Trotz aller technischen Fortschritte bleibt die Seemannschaft die unentbehrliche Grundlage einer jeden Flotte, bleiben Einsatzbereitschaft, Mut und Unerbrotlichkeit die unbedingten, unerbittlichen Forderungen, die an jeden einzelnen, der einmal befehlen will, zu stellen sind. Auf den Segelschulschiffen erlebt man die Achtung vor der Allgewalt des Höheren und der Natur. Hier fühlt man die Verbundenheit mit der See und den Elementen des Seemanns, hier lernt man aber auch den Glauben an die See in Vergangenheit und Zukunft verstehen.

Das Schiff trage den Namen eines Mannes, der in der schwersten Notzeit trenn sich selbst und dem Vaterlande geliebt sei. Wenn Tradition ihren Wert hat, so zeigt es sich hier bei dem Namen „Albert Leo Schlageter“. Sein Handeln, seine Taten sollen mit dem Gefühl der Dankbarkeit und Anerkennung der Nation erhalten bleiben. Sein Vorbild ist uns Verpflichtung!

Fregattentapitän Rogge schilderte kurz das beispielhafte Leben und Handeln Albert Leo Schlageters und seinen Tod in der Goltzheimer Heide am 26. Mai 1923. Dann wurden Flagge und Wimpel gehißt, und mit einem Gedekten an den Führer schloß die Feier der Indienststellung.

Die Leistung entscheidet

Der Berufswettkampf hat überall begonnen.

Der Berufswettkampf aller schaffenden Deutschen 1938

hat am Sonntag im ganzen Reichsgebiet seinen Auftakt genommen. Ein Leistungswettstreit von beispiellosem Ausmaß wird in freiwilliger Mitarbeit mehr als 2 700 000 erwerbstätige Deutsche jeglichen Alters, Männer, Frauen und Jugendlichen, zunächst in den Ortswettkämpfen zusammenführen. Als erste traten am Sonntag die 76 000 Teilnehmer der Gruppe Banken und Versicherungen zum Wettkampf an, davon 16 200 in Berlin. Die Wettkämpfe wurden in Berlin in der Technischen Hochschule, in der Universität, in der Wirtschaftshochschule und in mehreren Berufserziehungsstätten durchgeführt.

Bei einem Appell im Hof der Technischen Hochschule sprach der Leiter des Berufswettkampfes, Obergebietsführer Mann, über Sinn und Bedeutung der großen Aktion. Er brachte dabei klar zum Ausdruck, daß von nun an jedem schaffenden Menschen in Deutschland die Möglichkeit gegeben sei, sich durch die eigene Leistung zu demjenigen Platz emporzuarbeiten, der ihm nach seinen Fähigkeiten und Anlagen gebühre.

Festabend des Arbeitsdienstes

Empfang des Reichsarbeitsführers Hiertl.

Zu einem besonderen Ereignis gestaltete sich ein Empfangsabend, den zum ersten Male in diesem Rahmen der Reichsarbeitsführer, Staatssekretär Konstantin Hiertl, und Frau Hiertl im Hause der Flieger in Berlin gaben. Diese besonders für den Arbeitsdienst bedeutende Veranstaltung, die sich in Form und äußerer Gestaltung den großen repräsentativen gesellschaftlichen Veranstaltungen der Reichshauptstadt würdig anreichte, zeigte eine dem Sinn und Schaffen des Arbeitsdienstes entsprechende Note dadurch, daß die Ausgestaltung des unterhaltenden Teiles nicht namhaften Künstlern, sondern den Arbeitsmännern und Arbeitsmädchen vorbehalten war. Die Festlichkeit vereinte in harmonischer Form das große gesellschaftliche Bild und die Gestaltungskraft dieser einzigartigen Organisation des Dritten Reiches.

Einen Einblick in das Leben und Treiben des Arbeitsdienstes dort draußen in den Lagern bei den Männern und Mädchen erhielten die Gäste durch eine Feierabendgestaltung unter dem Titel „Fröhlicher Arbeitsdienstabend“. Angelehnt, so herb und so kameradschaftlich wie es da draußen zugeht, rollte sich ein kleiner Lebensabschnitt aus dem Lager ab. In launiger Weise zeigten die Männer „Arbeitsmann Meyers Himmelfahrt“, ein Spiel für den Feierabend, das im Reichsarbeitsdienst entstand.

Zum ersten Male an diesem Empfangsabend wurde von den Führerinnen des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend das Führen in den Festkleid getragen. Dieses Festkleid, das während der letzten Monate von den Arbeitsdienstführerinnen selbst geschaffen wurde, wird in Zukunft von ihnen zu großen festlichen Gelegenheiten getragen werden.

Erzeugungsschlacht geht weiter

Staatssekretär Bode über die agrarpolitische Lage.

Auf einer Veranstaltung in Breslau, zu der der Landesbauernführer Schlesiens, Freiherr von Reibnitz, neben den Spitzen von Partei, Staat und Wehrmacht die Kreisbauernführer und die Kreisleiter aus ganz Schlesien geladen hatte, sprach der Staatssekretär im Reichs- und Preussischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung beim Beauftragten für den Vierjahresplan, H-Gruppenführer Staatssekretär Bode, über die agrarpolitische Lage.

Er stellte fest, daß in der Wirtschaft ebenso wie in der Politik eine Ausrichtung auf Prinzipien erforderlich sei. Zwar sei es möglich, daß in einer Uebergangszeit verschiedene Wirtschaftsprinzipien nebeneinander bestünden. Auf die Dauer gesehen müsse der Nationalsozialismus aber in der Wirtschaft ebenso wie in der Politik seinen Totalitätsanspruch zur Geltung bringen. Das neue Prinzip der Ordnung und der Stetigkeit müsse und werde sich in der gesamten Wirtschaft durchsetzen. Für die Landwirtschaft bedeute diese Erkenntnis die Notwendigkeit, die Ziele weiter zu verfolgen, die für sie bereits seit dem Reichsbauerntag 1934 galten. Damals sei zur Erzeugungsschlacht aufgerufen worden, obgleich dies bei der damaligen Produktions- und Versorgungslage im schroffsten Widerspruch zu allen liberalistischen Wirtschaftsbegriffen stand. Inzwischen habe es sich erwiesen, wie richtig die Erzeugungsschlacht war. Damals sei aber zugleich auch der Beweis für die Richtigkeit des in der Agrarwirtschaft durchgesetzten Wirtschaftsprinzips erbracht worden.

Es gelte deshalb — und damit wandte sich Staatssekretär Bode besonders an die anwesenden Bauernführer —, trotz der verschiedenen Schwierigkeiten die Erzeugungsschlacht auch in diesem Jahre in verstärktem Maße weiter zu schlagen.